

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

**Information und Entscheidung zu den Äußerungen aus der Beteiligung der Öffentlichkeit
(§ 3 Abs. 2 BauGB)
vom 30.08.2022 bis zum 05.10.2022
sowie der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange (§ 4 Abs. 2 BauGB)
vom 30.08.2022 bis zum 05.10.2022**

ZVB Flugplatz Bitburg Nr. 14 „Shelter-Bereich A“

Die folgenden Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange wurden zur Planung gemäß § 4 Abs. 2 BauGB unterrichtet und zur Abgabe einer Stellungnahme aufgefordert.

Name der Behörde / des Trägers öffentlicher Belange	Datum der Rückäußerung
01. ADD, Referat 21 b, Willy-Brandt-Platz 3, 54290 Trier	
02. Bischöfliches Generalvikariat Trier, Postfach 1340, 54203 Trier	
03. Bundesforst Bundesforstbetrieb Rhein-Mosel, Grünbachweg 7, 55774 Baumholder	
04. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Ostallee 3-5, 54290 Trier	
05. Bundesanstalt für Immobilienaufgaben, Hauptstelle Dortmund, Fontanestraße 4, 40470 Düsseldorf	
06. Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Straße 15-19, 56727 Mayen	13.09.2022
07. Deutscher Wetterdienst, Abteilung Finanzen und Service, Postfach 10 04 65, 63004 Offenbach	
08. DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen	20.09.2022
09. Dienstleistungszentrum Ländlicher Raum Eifel, Westpark 11, 54634 Bitburg	
10. Eisenbahn-Bundesamt (EBA), Landeseisenbahnverwaltung Rheinland-Pfalz, Untermainkai 23-25, 60329 Frankfurt/Main	
11. Ev. Kirchengemeinde, Trierer Straße 17, 54634 Bitburg	
12. Forstamt Bitburg, Kleiststraße 5, 54634 Bitburg	31.08.2022
13. Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstraße 12, 55743 Idar-Oberstein	31.08.2022

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

14.	Handwerkskammer Trier, Loebstraße 18, 54292 Trier	
15.	Industrie- und Handelskammer, Herzogenbuscher Straße 12, 54292 Trier	
16.	Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg	29.09.2022
17.	Stadtverwaltung Trier, Amt für Stadtkultur und Denkmalschutz, Viehmarktplatz 20, 54290 Trier	
18.	Generaldirektion Kulturelles Erbe Rheinland-Pfalz, Landesarchäologie, Weimarer Allee 1, 54290 Trier	
19.	Landesamt für Geologie und Bergbau Rheinland-Pfalz, Emy-Roeder-Straße 5, 55129 Mainz	
20.	Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein	15.09.2022
21.	Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Fachgruppe Luftverkehr, Gebäude 667C, 55483 Hahn Flughafen	
22.	Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz, Dienststelle Trier, Gartenfeldstraße 12 a, 54295 Trier	29.09.2022
23.	LBB-Niederlassung Landau, Abt. Pipeline Maßnahmen, Untertorplatz 1, 76829 Landau	
24.	LBB-Niederlassung Trier, Postfach 3410, 54224 Trier	28.09.2022
25.	Ministerium d. Inneren u. für Sport, Oberste Landesplanungsbehörde, Schillerplatz 3-5, 55116 Mainz	
26.	Planungsgemeinschaft Region Trier, Postfach 40 20, 54290 Trier	
27.	SGD Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier	26.09.2022
28.	Stadtverwaltung Bitburg, Rathaus, 54634 Bitburg	
29.	SWT Stadtwerke Trier Versorgungs-GmbH, Ostallee 7 – 13, 54290 Trier	
30.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Stresemannstraße 3 – 5, 56068 Koblenz	
31.	Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier	21.09.2022
32.	Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg	29.08.2022
33.	Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, Im Viertheil 24, 54470 Bernkastel-Kues	04.10.2022
34.	VGV Bitburger Land, Hubert-Prim-Straße 7, 54634 Bitburg	
35.	VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Hüttingen/Kyll	
36.	VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Oberstedem	
37.	VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Röhl	
38.	VGV Bitburger Land für Ortsgemeinde Scharfbillig	
39.	Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

40.	Westnetz GmbH, Regionalzentrum Trier, Eurener Straße 33, 54294 Trier	29.08.2022
41.	Regionales Klimabüro Essen des Deutschen Wetterdienstes, Wallneyer Straße 10, 45133 Essen	

Es liegen keine Äußerungen / Informationen von Personen oder Organisationen aus dem Verfahren nach § 3 Abs. 2 BauGB vor.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Folgende Äußerungen / Informationen aus der Behördenbeteiligung (§ 4 Abs. 2 BauGB) liegen vor:	Kommentierung Planungsbüro / Verwaltung
Nr. 06 Deutsche Telekom Technik GmbH, PTI 14, Polcher Straße 15-19, 56727 Mayen – Schreiben vom 13.09.2022	Zu Nr. 06
<p>„...wir danken Ihnen für die Mitteilung Ihrer Planungsabsichten.</p> <p>Die Telekom Deutschland GmbH – als Netzeigentümerin und Nutzungsberechtigte i. S. v. § 125 Abs. 2 TKG – hat die Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragt und bevollmächtigt, alle Rechte und Pflichten der Wegsicherung wahrzunehmen sowie alle Planverfahren Dritter entgegenzunehmen und dementsprechend die erforderlichen Stellungnahmen abzugeben. Zu der o. g. Planung nehmen wir wie folgt Stellung:</p> <p>In dem von Ihnen angezeigten Ausbaubereich befinden sich Telekommunikationslinien der Telekom Deutschland GmbH, die ggf. von ihrer Baumaßnahme berührt werden.</p> <p>Die vorhandenen Telekommunikationslinien sind zu berücksichtigen, damit kostenintensive Veränderungen vermieden werden. Wir weisen darauf hin, dass eigenmächtige Veränderungen an unseren Anlagen durch den von Ihnen beauftragten Unternehmer nicht zulässig sind.</p> <p>Die vorhandenen Telekommunikationslinien sind aus dem beigefügten Plan ersichtlich. Unsere unterirdischen Telekommunikationslinien wurden im Ortsbereich in einer Regeltiefe von 60 cm und außerhalb des Ortsbereiches in einer Regeltiefe von 80 cm verlegt. Wir bitten Sie, diese Planunterlage nur für interne Zwecke zu benutzen und nicht an Dritte weiterzugeben.</p> <p>Wir gehen davon aus, dass die Telekommunikationslinien nicht verändert werden müssen. Sollten sich in der Planungs- und / oder Bauphase andere Erkenntnisse ergeben, erwarten wir ihre Rückantwort, mindestens 9 Monate vor Baubeginn, sowie ihren Auftragnehmer, damit in unserem Hause die erforderlichen Planungsschritte für die Veränderung der TK-Linien eingeleitet werden können.</p>	<p>Ein entsprechender Hinweis auf die zu berücksichtigenden Belange wird unter „Hinweise“ in die Festsetzungen aufgenommen.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Falls erforderlich setzen Sie sich mit Herrn Steffen, 06781 / 5 62 12 30 (Tel.) oder 0170 / 5 72 36 08 (Mobil) in Verbindung.

Wir möchten Sie bereits jetzt in der Planungsphase bitten, dies zu berücksichtigen und entsprechende Bauzeitenfenster einzukalkulieren, damit die erforderlichen Arbeiten von Telekom Deutschland GmbH bzw. durch Deutsche Telekom Technik GmbH beauftragte Unternehmen ausgeführt werden können.

Eine Mit- oder Neuverlegung von TK-Linien ist nicht geplant.

Bei der Bauausführung ist darauf zu achten, dass Beschädigungen an vorhandenen Telekommunikationslinien vermieden werden. Die Kabelschutzanweisung der Telekom Deutschland GmbH ist zu beachten. Es ist deshalb erforderlich, dass sich die Bauausführenden vorher von uns in die genaue Lage dieser Anlagen einweisen lassen. (Planauskunft.Mitte@telekom.de).

Wir weisen ausdrücklich darauf hin, dass der beigefügte Plan keine Einweisung ersetzt!“

[Anlage: Lageplan]

Beschluss: In die textlichen Festsetzungen wird unter „Hinweise“ eine Ergänzung aufgenommen, inwieweit die vorhandenen Telekommunikationsleitungen im Zuge von Baumaßnahmen zu berücksichtigen sind.

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 08 DFS Deutsche Flugsicherung GmbH, Am DFS-Campus 10, 63225 Langen – Schreiben vom 20.09.2022	Zu Nr. 08
<p>„...durch die oben aufgeführte Planung werden Belange der DFS Deutsche Flugsicherung GmbH bezüglich § 18a Luftverkehrsgesetz (LuftVG) nicht berührt. Es werden daher unsererseits weder Bedenken noch Anregungen vorgebracht. Eine weitere Beteiligung am Verfahren ist nicht notwendig.</p> <p>Zusätzlich weisen wir auf den Bauschutzbereich nach § 12 LuftVG des Flugplatzes Bitburg hin.</p> <p>Von dieser Stellungnahme bleiben die Aufgaben der Länder gemäß § 31 LuftVG unberührt.</p> <p>Wir haben das Bundesaufsichtsamt für Flugsicherung (BAF) von unserer Stellungnahme informiert.“</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	
Nr. 12 Forstamt Bitburg, Kleiststraße 5, 54634 Bitburg – Schreiben vom 31.08.2022	Zu Nr. 12
<p>„...es bestehen seitens des Forstamt Bitburg gegen das Vorhaben keine Bedenken. Forstliche belange sind nicht tangiert.“</p>	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	
Nr. 13 Fernleitungs-Betriebsgesellschaft mbH, Hohlstraße 12, 55743 Idar-Oberstein– Schreiben vom 31.08.2022	Zu Nr. 13
<p>„...zuständigkeitshalber haben wir Ihre Anfrage an folgende Dienststelle zur Beantwortung abgegeben:</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr
Referat Infra I3 TÖB
Fontainengraben 200
53123 Bonn.
BAIUDBwToeB@bundeswehr.org“

Kein Beschluss erforderlich.

Nr. 16 Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm, Trierer Straße 1, 54634 Bitburg– Schreiben vom 29.09.2022	Zu Nr. 16
<p>„...zu dem von Ihnen mit Schreiben vom 26.08.2022 übersandten Entwurf des oben genannten Bebauungsplanes geben wir nach Anhörung der betroffenen Ämter unseres Hauses für die Kreisverwaltung des Eifelkreises Bitburg-Prüm folgende zusammengefasste Stellungnahme gemäß § 4 Abs. 2 BauGB ab:</p> <p>1. Bauwesen</p> <p>1.1. Mit dem im Entwurf vorliegenden Bebauungsplan soll im Wesentlichen die bauplanungsrechtliche Voraussetzung für die Anbindung des B-Plans Nr. 19 „Flugfeld West“ an die öffentliche Erschließungsanlage geschaffen werden. Aus städtebaulicher Sicht bestehen hierzu keine grundlegenden Bedenken.</p> <p>1.2. Der Bebauungsplan soll im beschleunigten Verfahren nach § 13a BauGB aufgestellt werden. Grundsätzlich sehen wir die Voraussetzungen zur Durchführung eines solchen Verfahrens vorliegend als gegeben an (vgl. Begründung Seite 4). In diesem Zusammenhang ist jedoch zu beachten, dass ein beschleunigtes Verfahren ausgeschlossen ist, wenn durch den Bebauungsplan die Zulässigkeit von Vorhaben begründet wird, die einer Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung nach dem Gesetz über die Umweltverträglichkeitsprüfung oder nach Landesrecht unterliegen; § 13a Abs. 1 S. 3 BauGB. Wir weisen darauf hin, dass gem. Anlage 1, Ziffer 3.5 des LUVPG der Bau einer öffentlichen Straße i.S.v. § 3 LStrG einer allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls unterliegt und dabei die</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls zur Feststellung bzw. Ausschluss einer UVP-Pflicht befindet sich derzeit in Bearbeitung. Nach Abschluss der Prüfung wird die Begründung um die ermittelten Ergebnisse ergänzt.</p>

Offenlage: ☒ | Erneute Offenlage: ☐

<p>UVP-Pflicht festzustellen bzw. auszuschließen ist. Eine solche allgemeine Vorprüfung des Einzelfalls liegt den Unterlagen nicht bei und sollte falls noch nicht vorhanden nachgeholt werden. Ein Verfahren nach § 13a BauGB ist nur möglich, wenn die allgemeine Vorprüfung zum Ergebnis führt, dass das Vorhaben keiner UVP-Pflicht unterliegt. Die Begründung ist insoweit nachvollziehbar zu ergänzen.</p> <p>2. Naturschutz und Landschaftspflege</p> <p>2.1. Der Änderungsbereich umfasst neben ausgewiesenen GEE-Flächen auch Teile eines 10 m breiten Grünstreifens, der als „private Grünfläche“ sowie als „Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen“ festgesetzt ist. Dieser Pflanzstreifen wird entsprechend der Änderungsplanung auf eine Breite von rund 15 m durch die beabsichtigte Festsetzung als „Öffentliche Straßenverkehrsfläche“ durchbrochen, so dass rund 150 qm festgesetzte private Grünfläche, die als Fläche zum Anpflanzen von Bäumen, Sträuchern und sonstigen Bepflanzungen festgesetzt ist, zukünftig öffentliche Straßenverkehrsfläche werden soll.</p> <p>Das Luftbild vom 3.9.2021 (LANIS) zeigt, dass diese zur Bepflanzung mit Gehölzen festgesetzte Grünfläche sich aktuell als mit Gehölzen bestandener Grünstreifen präsentiert. In der „Begründung“ der 3. B-Plan-Änderung wird unter Punkt 6 „Berücksichtigung der Umweltbelange“ ausgeführt: „Eine Änderung der Nutzung ist durch die vorgesehene Planänderung nicht beabsichtigt, sodass von keiner zusätzlichen Beeinträchtigung der Umweltbelange auszugehen ist.“</p> <p>Dies ist in Anbetracht der aktuellen Festsetzung und tatsächlichen Situation nicht nachvollziehbar. Wir halten es für erforderlich, dass der Punkt „Berücksichtigung der Umweltbelange“ entsprechend überarbeitet wird.</p> <p>3. Raumordnung und Landesplanung</p> <p>3.1. Aus Sicht der Unteren Landesplanungsbehörde des Eifelkreises bestehen zum aktuell Planungsstand keine Einwände.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Die Begründung wird im Hinblick auf die Belange der Grünordnung überarbeitet.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
---	---

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>4. Brandschutz</p> <p>4.1. Aus brandschutztechnischer Sicht bestehen gegen das Vorhaben keine grundsätzlichen Bedenken.</p> <p>4.2. Auf folgende Punkte wird jedoch jetzt schon hingewiesen:</p> <p>4.2.1. Zur Löschwasserversorgung muss eine ausreichende Löschwassermenge zur Verfügung stehen. Die Löschwassermenge ist nach dem Arbeitsblatt W 405 des DVGW-Regelwerkes zu bestimmen. (DVGW = Deutsche Vereinigung des Gas- und Wasserfaches e.V.).</p> <p>4.2.2. In Abständen von unter 150 m sind Hydranten für Feuerlöschzwecke (DIN EN 14339 bzw. DIN EN 14384) anzuordnen.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Ein entsprechender Hinweis wird unter „Hinweise“ in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.</p>
<p>5. Wasserrecht</p> <p>5.1. Wir beziehen uns auf die wasserrechtliche Beurteilung der SGD. Eine erneute Stellungnahme der UWB erfolgt nicht.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>
<p>6. Sonstiges</p> <p>6.1. Sollten von Erschließungsplanungen und Erschließungsmaßnahmen Wegekreuze, Bildstöcke, alte Grenzsteine oder ähnliche Flurdenkmäler tangiert werden, ist ebenfalls die Untere Denkmalschutzbehörde unseres Hauses rechtzeitig zu informieren. Eine eventuelle Versetzung der oben genannten Flurdenkmäler bedarf der vorherigen Zustimmung der Unteren Denkmalschutzbehörde.</p> <p>6.2. Wir bitten Sie, die vorstehenden Anregungen und Hinweise im weiteren Verfahren, insbesondere im Rahmen der erforderlichen Abwägung der öffentlichen und privaten Belange, zu beachten und zu berücksichtigen.</p> <p>6.3. Zur Vermeidung unnötiger Verzögerungen im weiteren Verfahren bitten wir darauf zu achten, dass die im Rahmen der Abwägung gefassten Beschlüsse vollständig in den Planunterlagen umgesetzt werden.</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p> <p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

6.4. Nach Inkrafttreten der Satzung bitten wir Sie, uns eine Mehrausfertigung der Urkunde in analoger sowie digitaler Form zu übersenden.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Beschluss: Nach Abschluss der allgemeinen Vorprüfung des Einzelfalls wird die Begründung um die ermittelten Ergebnisse ergänzt. Die Begründung wird zudem im Hinblick auf die Belange der Grünordnung überarbeitet. Ein entsprechender Hinweis zur bereitzustellenden Löschwassermenge wird unter „Hinweise“ in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.	
Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	

Nr. 20 Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz, Brunnenstraße 1, 54568 Gerolstein– Schreiben vom 15.09.2022	Zu Nr. 20
„...unsererseits bestehen keine Bedenken gegen die Änderung des Bebauungsplanes.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 22 Landwirtschaftskammer Rheinland-Pfalz – Schreiben vom 29.09.2022	Zu Nr. 22
„...gegen die Änderung des Bebauungsplanes Nr. 14 „Shelter-Bereich A“ bestehen aus landwirtschaftlicher Sicht keine Bedenken.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 24 LBB-Niederlassung Trier, Postfach 3410, 54224 Trier – Schreiben vom 28.09.2022	Zu Nr. 24
<p>„...die LBB Niederlassung Trier hat den Auftrag zur Untersuchung von Altlasten und Kampfmitteln in verschiedenen Bereichen des Flugplatzes Bitburg. Für weitere Informationen und den genauen Abschluss bzw. Sachstand steht Ihnen unser Projektbearbeiter für den Bereich Altlastenbeseitigung Herr Tautges Tel. 0651 2093 395 gerne zur Verfügung.“</p>	<p>Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen. Laut Auskunft des LBB sind im betreffenden Bereich keine weiteren Aspekte zu berücksichtigen.</p>
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 27 SGD Nord – Regionalstelle Wasserwirtschaft, Abfallwirtschaft, Bodenschutz, Deworastraße 8, 54290 Trier	Zu Nr. 27
<p>„Bodenschutz / Altlasten: <u>Hinweise</u> Bei Untersuchungen im Zusammenhang mit der Verwertung oder Beseitigung von Bodenaushubmassen sollte auf Grund der Vornutzung als US-NATO – Flugplatz Bitburg der Parameter PFT/PFC (per- und polyfluorierte Chemikalien) mitberücksichtigt werden (insbesondere in Untersuchungen im Eluat).</p> <p><u>Planurkunde</u> 1. Bei der Darstellung der Fläche, deren Böden erheblich mit umweltgefährdenden Stoffen belastet sind, handelt es sich <u>nicht um eine Altlast</u>. Die Darstellung dieser Fläche in der Planurkunde ist zu entfernen.</p> <p>Abwasserbeseitigung: Im Rahmen der Beteiligung der Träger öffentlicher Belange im Jahre 2017 zum Bebauungsplan Nr. 14 Shelter A-Bereich – hier: Beteiligung im Zuge der 2. Änderung – wurde unsererseits unter dem Unterpunkt „Abwasserbeseitigung“ folgendes ausgeführt:</p>	<p>Eine entsprechende Empfehlung wird unter „Hinweise“ in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.</p> <p>Die Planurkunde wird entsprechend überarbeitet und die Fläche in der Darstellung entfernt.</p> <p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Eine Änderung der Art der baulichen Nutzung wurde im Zuge der 3. Änderung nicht vorgenommen, sodass sich diesbezüglich keine Änderungen ergeben.</p>

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Der betroffene Erschließungsbereich liegt sowohl im Entwässerungsgebiet Nr. 6 und Nr. 7 des Flugplatzes Bitburg (Quelle: Übersichtskarte der B-Plangebiete und der Einzugsgebiete der Entwässerung auf dem Flugplatz Bitburg, Stadtwerke Bitburg 16.05.2006).

Die anfallenden häuslichen Schmutzwässer sind der Kläranlage Flugplatz Bitburg zuzuführen. Gemäß Seite 1 und 2, Punkt 1.1 der Textfestsetzungen zum B-Plan sind mögliche gewerbliche Nutzungen dargelegt. Ein besonderer Schmutzwasseranfall ist in den Unterlagen nicht beschrieben.

Bisher lag kein konkretes Entwässerungskonzept vor. Im Entwässerungskonzept ist, neben Angaben zum Schmutzwasseranfall, noch darzulegen, ob und inwieweit vorhandene Einzugsbereiche der jeweiligen wasserrechtlichen Erlaubnisse betroffen sind bzw. welche Maßnahmen für die Niederschlagsbewirtschaftung konkret vorgesehen werden. Entsprechende Unterlagen können im Baugenehmigungsverfahren mit vorgelegt werden. Wir empfehlen, die für die gesicherte Erschließung notwendigen wasserrechtlichen Voraussetzungen im Entwässerungskonzept mit den Stadtwerken Bitburg frühzeitig zu erläutern bzw. klären zu lassen.

Die vorstehenden Ausführungen gelten auch für die 3. Änderung weiter. Des Weiteren bitten wir noch folgendes zu berücksichtigen:

Sofern behandlungsbedürftiges Niederschlagswasser im Sinne des Arbeitsblatts der DWA, hier: A 102-2 (korrigierte Fassung April 2022) anfällt, sind entsprechende Maßnahmen nach fachlicher Einstufung zu berücksichtigen und mit dem Träger der Abwasserbeseitigung abzustimmen.“

Die für die gesicherte Erschließung notwendigen wasserrechtlichen Voraussetzungen werden im Zuge des Bauantragsverfahrens mit den Stadtwerken Bitburg frühzeitig zu erörtern und abgestimmt, siehe Nr. 32.

Eine entsprechende Empfehlung wird unter „Hinweise“ in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.

**Beschluss: In die textlichen Festsetzungen werden unter „Hinweise“ Empfehlungen bzgl. des Umgangs mit Bodenaushubmassen und anfallendem Niederschlagswasser aufgenommen.
Da die Art der baulichen Nutzung nicht verändert wurde, wird ein entwässerungstechnisches Gutachten zu anfallenden Schmutzwässern nicht als notwendig erachtet. Die für die gesicherte Erschließung notwendigen wasserrechtlichen Voraussetzungen werden im Zuge des Bauantragsverfahrens mit den Stadtwerken Bitburg frühzeitig zu erörtern und abgestimmt.**

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Abstimmungsergebnis: Zustimmung: Ablehnung: Enthaltung	
--	--

Nr. 31 Struktur- und Genehmigungsdirektion Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht, Deworastraße 8, 54290 Trier– Schreiben vom 21.09.2022	Zu Nr. 31
<p>„...durch das o. g. Planvorhaben werden keine Belange des anlagenbezogenen Immissionsschutzes (Gewerbelärm) berührt. Auch wird darauf hingewiesen, dass nach Anlage 1 Nr. 12 des Rundschreibens des Ministeriums der Finanzen vom 9. Dezember 2005, betreffend die Beteiligung der Behörden und sonstigen Träger öffentlicher Belange an der Bauleitplanung, eine Zuständigkeit hinsichtlich Verkehrsanlagen (Verkehrsemissionen und Verkehrsimmissionen) für die SGD Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier, nicht gegeben ist.</p> <p>Daher ist eine Beteiligung der SGD Nord, Regionalstelle Gewerbeaufsicht Trier im vorliegenden Fall nicht erforderlich.“</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 32 Stadtwerke Bitburg, Denkmalstraße 6, 54634 Bitburg– Schreiben vom 29.08.2022	Zu Nr. 32
<p>„...nach Durchsicht der dem o.a. Entwurf (Vorabzug) dem Bebauungsplan zugehörigen Unterlagen teilen wir folgendes mit:</p> <p>1. Innerhalb der Grenzen des räumlichen Geltungsbereiches ist an der nördlichen Grenze ein Regenwasserkanal vorhanden. Dieser ist in der Lage, das zusätzlich anfallende Oberflächenwasser aufzunehmen.</p>	Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen.

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

<p>2. Die Änderung des Bebauungsplanes ist für die Schmutzwasserentsorgung und Trinkwasserversorgung in diesem Bereich zunächst nicht von Bedeutung. Für die bestehenden Gewerbefläche ist beides sichergestellt.</p> <p>3. Im Rahmen der weiteren Planungen zum angrenzenden Bebauungsplan Nr. 19 (Erschließung Flugfeld West) ist eine Neuausrichtung der Entwässerung und Wasserversorgung vorgesehen. Die Stadtwerke führen diese Umplanung selbst durch und wurden an der Erschließungsplanung zum B-Plan Nr. 19 eng beteiligt.</p> <p>Gegen die Änderung des Bebauungsplanes bestehen seitens der Stadtwerke Bitburg keine Bedenken.</p> <p>Für Rückfragen stehen wir gern zur Verfügung.“</p>	
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 33 Vermessungs- und Katasteramt Westeifel-Mosel, Im Viertheil 24, 54470 Bernkastel-Kues – Schreiben vom 04.10.2022	Zu Nr. 32
„...von unserer Seite werden keine Bedenken gegen die Planungen vorgebracht.“	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Kein Beschluss erforderlich.	

Nr. 39 Bundesamt für Infrastruktur, Umweltschutz und Dienstleistungen der Bundeswehr, Fontainengraben 200, 53123 Bonn– Schreiben vom 31.08.2022	Zu Nr. 39
„...durch die oben genannte und in den Unterlagen näher beschriebene Planung werden Belange der Bundeswehr berührt, jedoch nicht beeinträchtigt.	Der Hinweis wird zur Kenntnis genommen.
Vorbehaltlich einer gleichbleibenden Sach- und Rechtslage bestehen zu der Planung seitens der Bundeswehr als Träger öffentlicher Belange keine Einwände.“	
Kein Beschluss erforderlich.	

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Nr. 40 Westnetz GmbH, Regionalzentrum Trier, Eurener Straße 33, 54294 Trier – Schreiben vom 29.08.2022	Zu Nr. 40
<p>„...In dem o. g. Bereich betreiben wir Mittel-, Nieder- und Straßenbeleuchtungsnetze.</p> <p>Als Anlage senden wir Ihnen Planunterlagen, in denen unsere im Geltungsbereich des Bebauungsplanes vorhandenen und geplanten Leitungen eingetragen sind, mit der Bitte, diese bei Ihren weiteren Planungen zu berücksichtigen.</p> <p>Für die vorhandenen Erdkabeltrassen ist eine 1 m breite Schutzzone zu berücksichtigen, die von Baulichkeiten und Pflanzungen, insbesondere von solchen mit tiefgehenden Wurzeln, freigehalten werden muss.</p> <p>Anpflanzungen bitten wir mit uns abzustimmen. Die Abstände von den vorgesehenen Bepflanzungen zu unseren geplanten bzw. vorhandenen Leitungen sind gemäß den VDE-Bestimmungen und dem „Merkblatt über Baumstandorte und unterirdische Ver- und Versorgungsleitungen“ einzuhalten.</p> <p>Die elektrische Versorgung der im Plangebiet vorhandenen, sowie zur Ansiedlung kommenden Kunden, erfolgt aus dem zu erweiternden Mittelspannungsnetz.</p> <p>Falls im Plangebiet keine Gehwege vorgesehen sind, bitten wir unbedingt zu beachten, dass mindestens auf einer Straßenseite ein öffentlicher Versorgungstreifen, in einer Mindestbreite von 1,5m, eingeplant wird. Dieser sollte eine unbefestigte Oberfläche oder eine Oberfläche aus Betonsteinpflaster aufweisen, damit nachträgliche Arbeiten an den Versorgungsleitungen keine sichtbaren Beeinträchtigungen der Oberflächen zur Folge haben.</p> <p>Die Erweiterung der Straßenbeleuchtungsanlage erfolgt in Abstimmungen mit der Stadt Bitburg im Rahmen des bestehenden Straßenbeleuchtungsvertrages.</p>	<p>Die Hinweise werden zur Kenntnis genommen. Entsprechende Angaben werden unter „Hinweise“ in die textlichen Festsetzungen aufgenommen.</p>

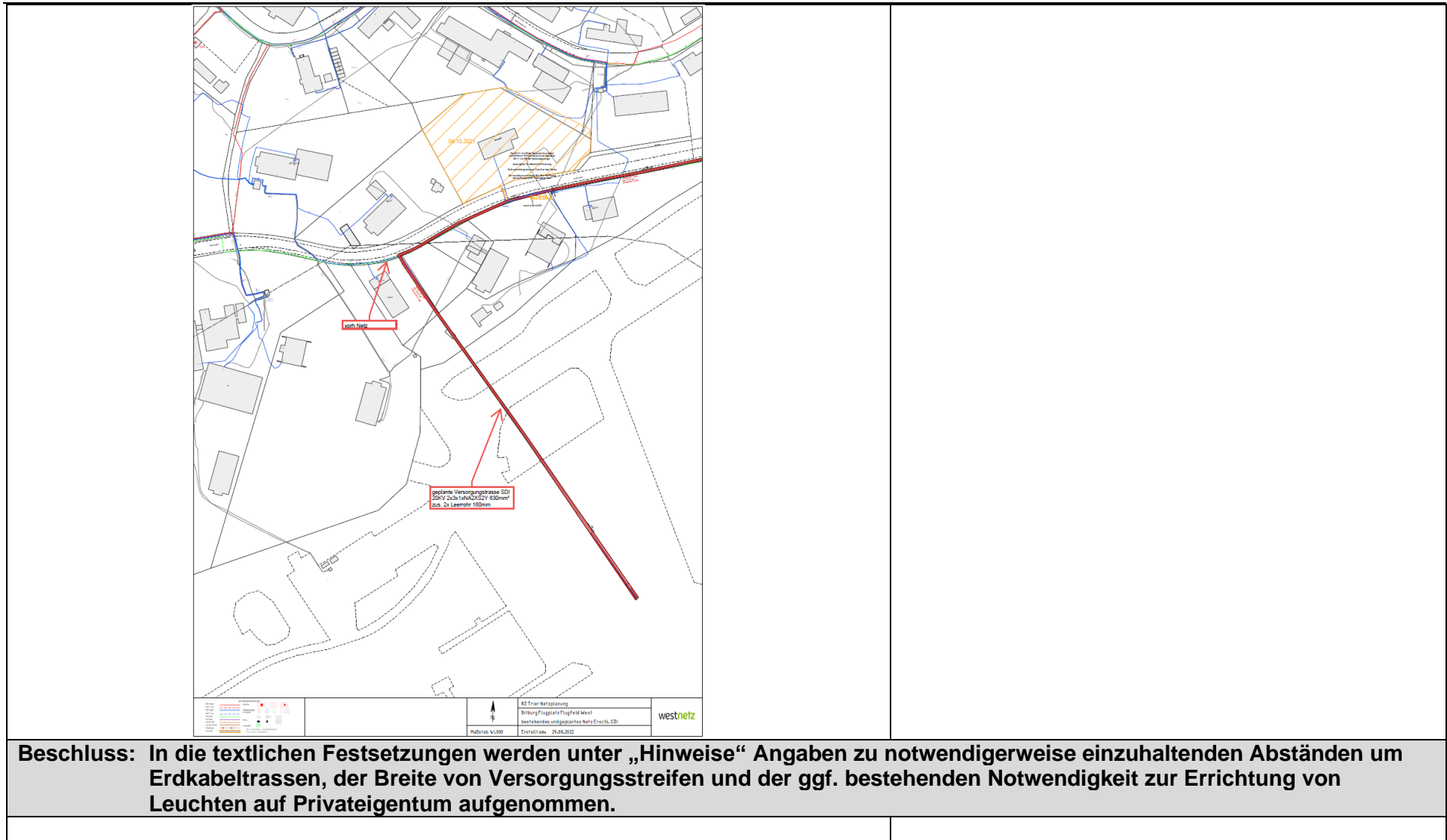
Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Um für die Leuchten den in der RAS (Richtlinie für die Anlage von Straßen) geforderten seitlichen Sicherheitsraum für den Kraftfahrzeugverkehr von 0,75 m (bei Hochborden 0,5 m) zu erreichen, ist es unter Umständen erforderlich, dass die Leuchten auf Privateigentum errichtet werden. Wir bitten daher die Anlieger entsprechend zu informieren und dies in die textliche Festsetzung des Bebauungsplanes aufzunehmen.

Sollten Änderungen unserer Anlagen notwendig werden, so richtet sich die Kostentragung nach den bestehenden Verträgen bzw. sonstigen Regelungen.

In unseren Plänen sind nur die Leitungen/Anlagen aufgeführt die sich im Eigentum der Westnetz GmbH befinden. Weitere Leitungen/Anlagen befinden sich im Plangebiet (z.B. Privatkabel), die sich nicht in unserem Eigentum und Unterhaltung befinden. Zu diesen Leitungen können wir keinerlei Aussagen treffen.

Werden unsere Belange in diesem Sinne beachtet, dann bestehen aus unserer Sicht gegen Ihre weiteren Planungen keine Bedenken.“

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Offenlage: ☒ Erneute Offenlage: ☐

Abstimmungsergebnis:

Zustimmung:

Ablehnung:

Enthaltung